

36/2015

SCHADET EINE UNGLEICHE EINKOMMENSVERTEILUNG DER WIRTSCHAFT?

AUF EINEN BLICK

Neuere Forschungsergebnisse weisen auf einen negativen Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung hin. Hohe Einkommensungleichheit kann angebotsseitig das Wachstumspotenzial schwächen, wenn sie z. B. zu geringeren Ausgaben für Bildung führt. Nachfrageseitig kann sie destabilisierend wirken, wenn der private Konsum zunehmend auf Verschuldung basiert. Auch in Deutschland sollten diese Erkenntnisse in Politik und Wissenschaft stärker berücksichtigt werden.

NEUES MEGATHEMA UNGLEICHHEIT

Spätestens seit der Veröffentlichung des internationalen Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty (2014) ist die Debatte über die mit einer steigenden Einkommens- und Vermögensungleichheit verbundenen Probleme zum neuen Megathema in den Wirtschaftswissenschaften und in der Politik geworden. Dabei wird in der internationalen Debatte zunehmend die Position vertreten, dass eine steigende Einkommensungleichheit eine zentrale Ursache für geringes Produktivitätswachstum bzw. gesamtwirtschaftliche Instabilität sein kann. Die zugrunde liegende wirtschaftswissenschaftliche Forschung wurde insbesondere vom Internationalen Währungsfonds (IWF)¹ und von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)² betrieben.

In einigen, bis zu den jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrisen dominanten Ansätzen in den Wirtschaftswissenschaften wird von einem grundsätzlichen Zielkonflikt zwischen Effizienz und Gleichheit ausgegangen. Insbesondere wurde lange vermutet, dass Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen notwendigerweise mit Wachstumseinbußen verbunden sind („big trade-off hypothesis“). Denn nach dieser Sichtweise reduziert eine höhere Belastung mit Steuern und Abgaben die individuellen Leistungsanreize und behindert damit das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Auf wirt-

schaftspolitischer Ebene war diese Sichtweise verknüpft mit dem Ansatz der „trickle-down economics“, wonach eine steuerliche und regulatorische Entlastung von Unternehmen und reichen Privathaushalten letztlich auch für die einkommensschwachen Haushalte mit ökonomisch vorteilhaften Ergebnissen einhergehen sollte.

Die jüngere internationale Forschung im Bereich der Makroökonomik zieht jedoch die „big trade-off hypothesis“ in Zweifel und mit ihr den Ansatz der „trickle-down economics“. Dabei können angebots- und nachfrageseitige Argumente unterschieden werden.

NEGATIVE ANGEBOTSEFFEKTE DURCH UNGLEICHHEIT

Ostry et al. (2014) und Dabla-Norris et al. (2015) unterscheiden die folgenden angebotsseitigen Argumente:

- Schwächung des Humankapitals: Wenn relativ einkommensschwache Personen nicht in der Lage sind, eine gute Ausbildung und Gesundheitsversorgung zu finanzieren, reduzieren sich durch die Zunahme von Einkommensungleichheit insbesondere in der unteren Hälfte der Verteilung die Investitionen in Humankapital mit negativen Wirkungen auf das Produktivitätswachstum.
- Politische Instabilität: Ökonomische Ungleichheit kann zu politischer Instabilität führen, und die damit verbundene Unsicherheit für die Marktteilnehmer_innen kann mit geringeren Investitionen und Produktivitätseinbußen verbunden sein.
- Zunahme politischer Korruption: Hohe Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen kann dazu führen, dass

>

finanzstarke Interessengruppen den politischen Prozess dominieren und beispielsweise eine übermäßige, wachstumshemmende Deregulierung der Finanzmärkte erwirken.

Ostry et al. (2014) führen sogenannte Wachstumsregressionen für eine Gruppe von Industrie- und Entwicklungsländern durch und kommen zu dem Ergebnis, dass Länder mit höherer Einkommensungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizient für die verfügbaren Haushaltseinkommen, in den vergangenen Jahrzehnten ein geringeres Wirtschaftswachstum und kürzere Wachstumsphasen zu verzeichnen hatten als Länder mit geringerer Einkommensungleichheit (unter Berücksichtigung anderer, das Wachstum beeinflussender Faktoren).³ Ostry et al. (2014) argumentieren ebenfalls, dass staatliche Einkommensumverteilung in der Regel positive Effekte auf das Wachstum hat. Zwar kann eine sehr starke staatliche Umverteilung wegen der damit einhergehenden Anreizwirkungen, isoliert betrachtet, einen negativen Effekt auf das Wachstum haben. Zugleich hat die staatliche Umverteilung aber einen indirekten positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, eben weil sie die Ungleichheit der Nettoeinkommen reduziert (vgl. Abbildung 1). Für die meisten Länder wird daher durch staatliche Umverteilung das Wachstum insgesamt gestärkt. Und selbst bei extremer Umverteilung sind keine negativen Wachstumswirkungen zu erwarten.

Cingano (2014) bestätigt dieses Ergebnis für die Länder der OECD (vgl. Abbildung 2).⁴ Nach seinen Schätzungen wäre das Wirtschaftswachstum in Ländern wie den USA, Großbritannien oder Deutschland zwischen 1990 und 2010 um mehr als ein Fünftel höher gewesen, wenn der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen nicht gestiegen wäre. In Ländern wie Neuseeland oder Mexiko waren die negativen Wachstumseffekte der Ungleichheit noch deutlich stärker. Cingano (2014) argumentiert, dass insbesondere die Einkommensungleichheit

am unteren Ende der Verteilung von Bedeutung ist. Die Erklärung ist, dass untere Einkommensgruppen im Zuge steigender Ungleichheit weniger in Bildung investieren können, wodurch die Entwicklung des Humankapitals geschwächt wird.

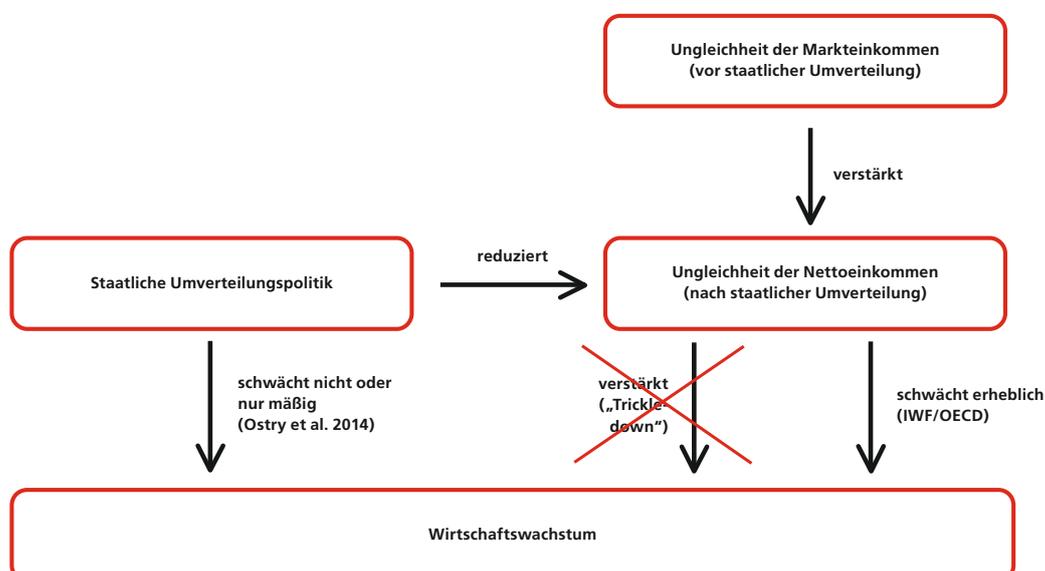
Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zwar aus methodischer Sicht Vorsicht geboten, wie etwa Paul Krugman argumentiert.⁵ Denkbar wäre auch, dass in einzelnen Ländern ein geringes Wachstum ursächlich für den Anstieg der Einkommensungleichheit mitverantwortlich war. Die Hypothesen der „trickle-down economics“ erscheinen im Lichte der neueren Forschungsergebnisse jedenfalls kaum haltbar.

INSTABILITÄT DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN NACHFRAGE DURCH UNGLEICHHEIT

Ein zentrales Problem liegt in der Frage, wie bei hoher bzw. stark steigender Einkommensungleichheit eine hinreichend große Nachfrage generiert werden kann, um eine hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Entwicklung des privaten Konsums, der in den entwickelten Volkswirtschaften in der Regel zwischen 60 und 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht: Wenn sich im Zuge steigender Ungleichheit die Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung nur schwach entwickeln, droht entweder eine Überschuldung der privaten Haushalte, wenn die unteren Einkommensgruppen ihren Konsum kreditfinanziert hochhalten, oder ein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall.

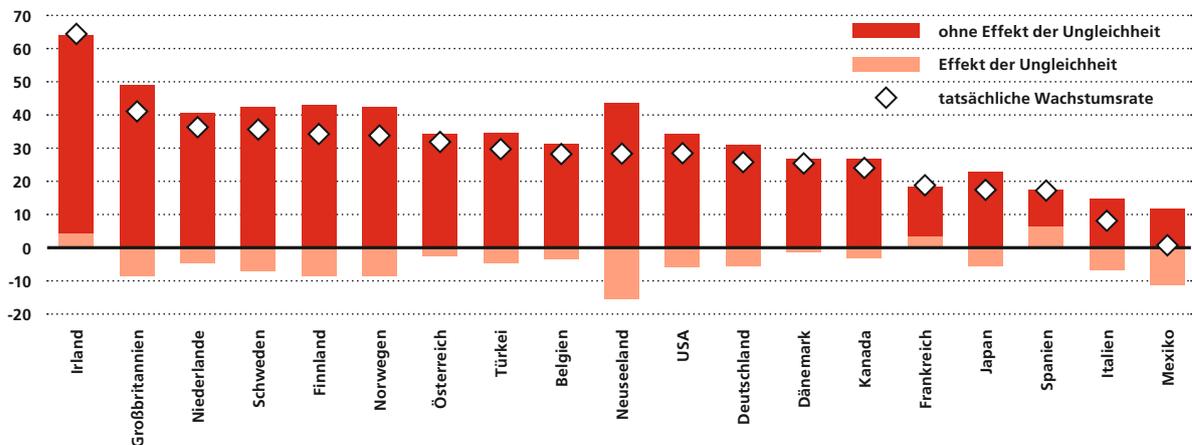
So vertreten viele Ökonom_innen die These, dass der starke Anstieg der Einkommensungleichheit in den USA in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2007 steht.⁶ Besondere Aufmerksam-

Abbildung 1
Positive Wachstumseffekte durch geringere Einkommensungleichheit statt „trickle-down economics“



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 2
Geschätzte Effekte von Veränderungen der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen) auf das kumulierte Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, 1990-2010 (Wachstumsrate, in Prozent)



Quelle: Cingano (2014).

keit in der breiteren Öffentlichkeit erlangte diese Hypothese durch einen 2010 veröffentlichten Bestseller von Raghuram Rajan, früherer Chefökonom des IWF.⁷ Auch laut Thomas Piketty „gibt es keinerlei Zweifel daran, dass wachsende Ungleichheit zur Destabilisierung des amerikanischen Finanzsystems beigetragen hat.“⁸

Der vermutete Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Finanzkrise kennt verschiedene Varianten, deren Kern sich aber kurz wie folgt zusammenfassen lässt: Seit Beginn der 1980er Jahre ist die Einkommensungleichheit in den USA stark gestiegen, insbesondere am obersten Ende der Einkommensverteilung. Die darunter liegenden Einkommensgruppen konnten ihre relativen Kaufkraftverluste aber teilweise durch längere Arbeitszeiten, geringere Ersparnis und höhere Verschuldung kompensieren.⁹ Der Zugang zu Krediten für Konsumenten selbst mit zweifelhafter Bonität wurde ermöglicht durch deregulierte und innovative Kreditmärkte, aber auch durch die direkte politische Förderung von Immobilienkrediten und eine expansive Zinspolitik.¹⁰ Ohne die hohe Konsumorientierung und Kreditaufnahme aller Einkommensgruppen unterhalb der Spitzenverdiener_innen wäre das Wirtschaftswachstum demnach geringer und die Arbeitslosigkeit höher gewesen. Allerdings hat die Überschuldung der privaten Haushalte maßgeblich die Gefahr einer privaten Schuldenkrise erhöht, die sich schließlich in der Großen Rezession ab 2008 realisiert hat.¹¹ Eine ganz ähnliche Entwicklung lässt sich für Großbritannien und einige andere Länder insbesondere im angelsächsischen Raum feststellen, die im Vorfeld der Krise ebenfalls einen starken Anstieg der Spitzeneinkommen und der privaten Verschuldung erlebten. Aus dem kreditfinanzierten privaten Nachfrageboom resultierten in diesen Ländern zunehmende Leistungsbilanzdefizite, welche zunächst problemlos über die internationalen Finanzmärkte finanziert werden konnten, dann aber mit zur weltweiten Finanzkrise ab 2007 beitrugen.¹²

In einer Reihe weiterer Länder wie China, Deutschland und Japan ist es in den Jahren vor der Krise ebenfalls zu

deutlichen Verschiebungen in der Einkommensverteilung hin zu mehr Ungleichheit gekommen, allerdings gingen diese mit einer relativ schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung und zunehmenden Exportüberschüssen einher. Kumhof et al. (2012) argumentieren, dass in China und anderen Schwellenländern das dort unterentwickelte Finanzsystem den unteren Einkommensgruppen den Zugang zu Krediten verweigerte, weswegen der Anstieg der Einkommensungleichheit in diesen Ländern mit einer Schwächung des privaten Konsums und nicht mit höherer Verschuldung einherging. Die reichen Haushalte, die von der Umverteilung profitierten, erwarben daher in zunehmendem Maße ausländische Finanztitel, weil sie ihre gestiegenen Ersparnisse im Inland nicht attraktiv anlegen konnten.

In Deutschland (und anderen Exportüberschuss-Ländern) ist der Anteil der sehr hohen Einkommen an den gesamten Haushaltseinkommen (Topinkommensquoten) weniger stark gestiegen als in den angelsächsischen Ländern. Während in den USA oder Großbritannien die Unternehmen ihre steigenden Einnahmen unter dem Druck der „Shareholder Value-Orientierung“ und des „Markts für Manager“ an die Spitzenverdiener_innen innerhalb des Haushaltssektors weitergegeben haben, hat der Unternehmenssektor in Deutschland seine während der 2000er Jahre explodierenden Gewinne in hohem Maße einbehalten. Die damit einhergehende schwache Entwicklung der Lohn- bzw. Haushaltseinkommen (und die im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern geringeren Möglichkeiten zu kreditfinanziertem Konsum) werden von vielen Ökonom_innen als eine Ursache für die schwache binnenwirtschaftliche Entwicklung und die hohe Exportabhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft ausgemacht.¹³

Wenn eine hohe Einkommensungleichheit über die skizzierten Nachfrageeffekte die Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen erhöht, verstärkt dies noch einmal den in Abbildung 1 dargestellten negativen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum.

FÜR EINE NEUE UNGLEICHHEITSDEBATTE IN DEUTSCHLAND

Vor dem Hintergrund der lebhaften internationalen Debatte um die wirtschaftlichen (und politischen) Folgen der Einkommens- und Vermögensungleichheit ist das geringe Interesse vieler Makroökonom_innen in Deutschland an Verteilungsfragen erstaunlich. So behauptete der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2014/15 mit dem Titel „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“, die Entwicklung der Einkommensungleichheit sei hierzulande unauffällig, und es bestehe lediglich ein Wahrnehmungsproblem in der Gesellschaft, welche die tatsächliche Ungleichheit überschätze. Die Thesen von Thomas Piketty werden mit wenigen Sätzen abgefertigt, Pikettys Überlegungen seien „aus ökonomischer Sicht nicht haltbar“.¹⁴

Auf Dauer können sich weder die Wirtschaftswissenschaften noch die Politik einen nachlässigen Umgang mit dem Thema Ungleichheit erlauben. In der Erforschung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und ihrer gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen gibt es gerade in Deutschland noch viel zu tun. Dabei sollte die Politik zunächst die Voraussetzungen für eine bessere statistische Erfassung vor allem von sehr hohen Einkommen und Vermögen in Deutschland schaffen.

Die Forschung der letzten eineinhalb Jahrzehnte von Thomas Piketty und anderen hat das Wissen über den Anteil reicher Haushalte an den Einkommen und Vermögen vor allem dadurch erweitert, dass sie nicht wie frühere Forschung auf freiwillige Haushaltsbefragungen vertraut, sondern Daten aus der Einkommen- und Vermögensteuerstatistik auswertet. Diese Methode stößt aber in Deutschland dadurch auf Probleme, dass es hierzulande keine Vermögensteuer mehr gibt und Steuern auf Kapitaleinkommen über die Abgeltungssteuer anonym abgeführt werden. Zwar spricht alles dafür, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit am oberen Ende gestiegen ist, die Datenlage ist für Deutschland aber schlechter als in anderen Ländern.¹⁵

Deswegen sollten die Abgeltungssteuer abgeschafft und Kapital- und Arbeitseinkommen gleich besteuert werden. Auch die Forderung nach einer Vermögensteuer bzw. einer stärkeren Besteuerung von Erbschaften kann nicht immer wieder mit dem Hinweis auf verfassungsrechtliche Probleme und mit der unerwünschten Belastung von Betriebsvermögen im deutschen Mittelstand abgewehrt werden. Denn die volkswirtschaftliche Funktion des Unternehmenssektors einschließlich des Mittelstandes besteht nicht darin, Finanzvermögen anzuhäufen und über Generationen hinweg steuerlich privilegiert zu vererben. Vielmehr spricht einiges dafür, dass hierdurch die Binnennachfrage geschwächt und die Vermögensungleichheit verschärft werden.

Autor

Till van Treeck ist Professor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen.

Anmerkungen

- 1** – Für einen Überblick vgl. Era Dabla-Norris; Kalpana Kochhar; Nujin Suphaphiphath; Frantisek Ricka; Evridiki Tsounta: Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective, IMF Staff Discussion Note 15/13, International Monetary Fund, Washington, D.C. 2015.
- 2** – Für einen Überblick vgl. OECD: In It Together: Why Less Inequality Benefits All, Paris 2015.
- 3** – Vgl. Jonathan D. Ostry; Andrew Berg; Charalambos G. Tsangarides: Redistribution, Inequality, and Growth, IMF Staff Discussion Note 14/02, International Monetary Fund, Washington, D.C. 2014.
- 4** – Vgl. Frederico Cingano: Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth, OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 163, Paris 2014.
- 5** – Vgl. Paul Krugman: Musings on Inequality and Growth, 2015, http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/06/08/musings-on-inequality-and-growth/?_r=0 (15.10.15).
- 6** – Für einen Literaturüberblick vgl. Till van Treeck: Did Inequality Cause the U.S. Financial Crisis?, in: Journal of Economic Surveys 28, 3 (2014), S. 421–448.
- 7** – Vgl. Raghuram G. Rajan: Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten The World Economy, Princeton, New Jersey 2010.
- 8** – Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014, S. 391.
- 9** – Vgl. Robert B. Reich: Aftershock: The Next Economy and America's Future, 2010; Robert H. Frank; Adam Seth Levine; Oege Dijk: Expenditure Cascades, in: Review of Behavioral Economics 1, 1–2 (2014), S. 55–73.
- 10** – Vgl. Raghuram G. Rajan, a.a.O.; Joseph Stiglitz: The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future, New York/London 2012.
- 11** – Vgl. Michael Kumhof; Romain Rancière; Pablo Winant: Inequality, Leverage, and Crises, in: American Economic Review 105, 3 (2015), S. 1217–1245.
- 12** – Vgl. Michael Kumhof; Claire Lebarz; Romain Rancière; Alexander W. Richter; Nathaniel A. Throckmorton: Income Inequality and Current Account Imbalances, IMF Working Paper 12/08, International Monetary Fund, Washington, D.C. 2012.
- 13** – Vgl. Jan Behringer; Christian A. Belabed; Thomas Theobald; Till van Treeck: Einkommensverteilung, Finanzialisierung und makroökonomische Ungleichgewichte, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 82, 4 (2013), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, S. 203–221.
- 14** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Mehr Vertrauen in Marktprozesse, Jahresgutachten 2014/15, Wiesbaden 2014, Ziffer 518.
- 15** – Vgl. Jan Behringer; Thomas Theobald; Till van Treeck: Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht, in: IMK Report Nr. 99, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2014.

Impressum

© 2015

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax 0228 883 9205, www.fes.de/wiso

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:
Markus Schreyer, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-333-1